

**Das Protokoll wurde genehmigt am 20.06.2013.**

**Protokoll**

über die Sitzung des Samtgemeinderates der Samtgemeinde Sottrum am 28. Februar 2013 im Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.38 Uhr

Zu der am 05. Februar 2013 schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung einberufenen Sitzung haben sich unter **Vorsitz des Ratsvorsitzenden Wolfgang Harling** folgende Mitglieder des Samtgemeinderates eingefunden:

- |  |                          |
|--|--------------------------|
| 1. Robert Abel                           | 16. Wilfried Kirchner    |
| 2. Dietrich Adler                        | 17. Fritz Klee           |
| 3. Gerhard Blödorn                       | 18. Lühr Klee            |
| 4. Hans-Jürgen Brandt (bis 20.18, TOP 4) | 19. Hans-Jürgen Krahn    |
| 5. Helga Busch                           | 20. Frank Lehmann        |
| 6. Herbert Cordes (ab 19.07, TOP 4)      | 21. Julian Loh           |
| 7. Klaus Dreyer                          | 22. Dr. Torsten Lohmann  |
| 8. Hans-Hermann Engelken                 | 23. Jan-Christoph Oetjen |
| 9. Siegfried Gässler                     | 24. Dr. Friederike Paar  |
| 10. Heinz Dieter Gebers                  | 25. Heike Stäcker        |
| 11. Wolfgang Harling                     | 26. Marc Terborg         |
| 12. Hermann Holsten                      | 27. Ulrich Thiart        |
| 13. Gerd Intemann                        | 28. Thomas Weirauch      |
| 14. Andrea Kaiser                        | 29. Hartmut Worthmann    |
| 15. Christa Kirchhof                     |                          |

Entschuldigt fehlt:

Beate Mitzlaff

Von der Verwaltung:

1. Samtgemeindebürgermeister Luckhaus
2. Erster Samtgemeinderat Freytag
3. Verwaltungsangestellter Lohmann
3. Verwaltungsangestellte Rennebach (Protokollführerin)

**Tagesordnung:**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Samtgemeinderatsmitglieder, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
2. Unterbrechung für die Einwohnerfragestunde

3. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Samtgemeinderatssitzung am 31.01.2013
4. Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2013 (Beschlussvorlage Nr. 001/2013)
5. Positionierung der Samtgemeinde zum Thema „Fracking“ (Beschlussvorlage Nr. 015/2013)
6. Ernennung von Ehrenbeamten (Beschlussvorlage Nr. 016/2013)
7. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen sowie Bericht über wichtige Angelegenheiten der Samtgemeinde und über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses
8. Anfragen und Anregungen der Samtgemeinderatsmitglieder
9. Unterbrechung für die Einwohnerfragestunde

Nichtöffentlicher Teil:

10. – 12. P. P.

Öffentlicher Teil:

**Punkt 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Samtgemeinderatsmitglieder, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

---

Ratsvorsitzender (Vors.) Harling eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Samtgemeinderatsmitglieder, Einwohner sowie die Pressevertreter. Er stellt fest, dass der Samtgemeinderat ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig ist. Weiterhin stellt er die anwesenden Samtgemeinderatsmitglieder und die Tagesordnung fest.

**Punkt 2: Unterbrechung für die Einwohnerfragestunde**

---

Es werden keine Fragen gestellt.

**Punkt 3: Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Samtgemeinderatssitzung am 31.01.2013**

---

Rm. Gässler bittet darum, auf Seite 4, zu TOP 4 „Brandfall Ahausen, öffentliche Berichterstattung“, den Beratungsverlauf zum Einsatz der Wärmebildkamera in das Protokoll aufzunehmen.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig (27 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen) beschlossen:  
Das Protokoll über den öffentlichen Teil die Samtgemeinderatssitzung am 31.01.2013 wird, unter Berücksichtigung der von Rm. Gässler o. g. Änderung, genehmigt.

**Punkt 4: Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2013 (Beschlussvorlage Nr. 001/2013)**

---

SGBgm. Luckhaus berichtet, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) eine Stellungnahme zur Prüfung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2013 vorgelegt hat. Zahlreiche Fragen aus den Fraktionen zum Haushalt wurden beantwortet und Änderungen in den Haushalt eingearbeitet. Weiter ruft er in Erinnerung, dass mehrere zurückliegende Konzepte seit dem Jahr 2007 auf den Weg gebracht wurden und größtenteils verwirklicht werden konnten. Insgesamt wurden Investitionen in einer Größenordnung von 16,6 Mio. € realisiert. Beispielhaft nennt er die Sanierung der Grundschule Horstedt sowie die Errichtung der Klärschlammvererdungsanlage. Diese wurden unter anderem vor dem Hintergrund getätigt, um mittel- und langfristig für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. Für das Jahr 2013 sind weitere Investitionen, z. B. die Realisierung einer barrierefreien Überquerung am Bahnhof, der Neubau der Turnhalle bei der Grundschule in Ahausen sowie eine Mensa an der Oberschule in Sottrum geplant. Bis zum Jahr 2010 ist es gelungen Investitionen umzusetzen und gleichzeitig Schulden abzubauen. Erst in den Jahren 2012 und 2013 gab es eine Trendumkehr. Die Samtgemeindeumlage war in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand der Beratungen und wurde im Jahr 2012 bei der Berechnung ausschließlich auf die Steuerkraft bezogen. Aus seiner Sicht erscheint es zweckmäßig, die Samtgemeindeumlage in den Folgejahren anzupassen und dem Rat des Landkreises zu folgen. Es bedarf einer Absichtserklärung des Samtgemeinderates, die zeitgleich mit der Haushaltssatzung beschlossen werden muss, um eine Genehmigung beim Landkreis zu erwirken. Dem gemäß ist das negative Jahresergebnis spätestens im 3. dem Haushaltsjahr folgenden Jahr, auszugleichen. Vor dem Hintergrund ist zum jetzigen Stand eine Anpassung der Samtgemeindeumlage ab dem Jahr 2014 notwendig.

Rm. Dr. Lohmann bedankt sich bei Verwaltung und den Ratskollegen für die geleistete Arbeit. Er führt aus, dass man dem Haushalt mit wenig Freude zustimmen wird. Das liegt nicht an der Kreditaufnahme, hierhinter stehen gute und sinnvolle Investitionen. Vielmehr an der Art und Weise wie es zum Haushalt gekommen ist. Die Doppik hat erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Es wurden drei Lesungen des Haushaltes durchgeführt, es waren auf allen Seiten viele Fragen zu beantworten. In den vergangenen Jahren wurde inhaltliche Diskussionen geführt, dass war in diesem Jahr anders. Er weist nochmals auf die guten Investitionen hin und nennt hier beispielhaft die Turnhalle Ahausen, den Schulhof in Horstedt, bauliche Maßnahme an der Oberschule in Sottrum zur Realisierung der Ganztagschule, die dringende Sanierung der Pumpen beim Freibad und die Barrierefreiheit des Bahnhofs in Sottrum.

Rm. Krahn bedankt sich bei allen Mitarbeiter/innen der Samtgemeinde für die geleistete Arbeit. Besonderer Dank galt der Kämmerei. Die Diskussionen in den Finanzausschusssitzungen für den 2. doppischen Haushalt gestalteten sich schwierig und emotional. Mit der Bitte an den Landkreis, den Haushalt vorab prüfen zu lassen, war die Samtgemeinde Vorreiter im Landkreis. Im Jahre 2011 hatte die Samtgemeinde Sottrum einen Schuldenstand von ca. 6,2 Mio. €, Ende 2013 wird der Schuldenstand ca. 8.4 Mio. € betragen. Der Ergebnishaushalt weist ein Defizit von 383.800 € auf. Weiter weist er auf die Stellungnahme des Landkreises zur Prüfung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2013 und der damit zu beratenden Absichtserklärung zur Anpassung der Samtgemeindeumlage hin. Rm. Krahn bringt zum Ausdruck, dass er die geplanten Investitionen und die damit verbundene Kreditaufnahme mitbeschlossen hat und selbstverständlich auch mit trägt. Aus seiner Sicht beinhaltet der Haushalt aber auch Schönfärberei, so zum Beispiel im Bereich der Investitionsmaßnahmen auf Seite 21 zum barrierefreien Bahnhof Sottrum. Was ihm aber noch mehr Sorgen macht ist, dass der Ergebnishaushalt mit einem Minus von 383.800 abschließt, dass spiegelt wieder, dass die Samtgemeinde über ihre Verhältnisse lebt. Der Umstellung der Berechnung der Samtgemeindeumlage steht er weiterhin kritisch gegenüber. Aus seiner Sicht wird die Samtgemeindeumlage schon im nächsten Jahr deutlich erhöht werden

müssen. Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt nicht zustimmen, weil sie die Zukunftsfähigkeit der Samtgemeinde mit diesem Haushalt als nicht gesichert sieht.

Rm. Oetjen bedankt sich bei der Verwaltung und ausdrücklich bei Herrn Lohmann für die geleistete Arbeit. Aus seiner Sicht ist es mit der Doppik gar nicht so schwer. Auch Politiker könnten die Doppik verstehen. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund bietet Seminare dazu an. Er weist darauf hin, dass er ausdrücklich zu den Investitionen steht. Für ihn ist das Nicht-Zustandekommen der Vorfinanzierung bei der Turnhalle in Ahausen durch die Gemeinde Ahausen nicht nachvollziehbar. Aus seiner Sicht ist es zweckmäßig in Zukunft den Finanzausschuss vor den Fachausschüssen tagen zu lassen. Zuerst sollte klar sein, wie viel an finanziellen Mitteln zur Verfügung steht, anschließend kann sich Gedanken gemacht werden, welche Maßnahmen Priorität haben. Aus seiner Sicht hätte die Unterdeckung in Höhe von 383.800 € so vermieden werden können. Er wird dem Haushalt nicht zustimmen, auch weil er mit der Umstellung der Samtgemeindeumlage nicht zufrieden ist. Dies geschieht nur zum Wohle weniger. Weiter trägt er vor, dass das Schreiben des Landkreises aus seiner Sicht alarmierend ist. Es wird nicht reichen, die Samtgemeindeumlage umzustellen, eher sollte sich darüber Gedanken gemacht werden, wie die Samtgemeinde erst gar nicht in eine solche Lage kommt. Weiter beantragt er die Einrichtung einer Arbeitsgruppe.

Rm. Adler dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er kritisiert, dass seitens der CDU-Fraktion keine Alternativvorschläge eingebracht wurden, gerade mit Blick auf den Schuldenstand und dem Negativergebnis im Ergebnishaushalt. Er steht weiterhin zur Anpassung der Samtgemeindeumlage an die Steuerkraft und die Abschaffung der Bürokostenpauschale. Aus seiner Sicht ist es sehr bedauerlich, dass keine verlässlichen Vergleichszahlen für den Haushalt vorliegen. Er wird dem Haushalt zustimmen, es gibt aber Risiken, die man tragen muss.

Rm. Dreyer ruft in Erinnerung, dass das Thema Verschuldung im letzten Jahr nicht nur einmal diskutiert wurde. Letztlich wurde in 2012 kein Kredit aufgenommen. Ihm ist klar, dass die „Blase“ mit ins Haushaltsjahr 2013 übernommen wird. Seiner Ansicht nach steht die Samtgemeinde Sottrum aber auf soliden Füßen. Er hält es für zweckmäßig, dass die Verwaltung weiter daran arbeitet, die Verschuldung so gering wie möglich zu halten. Weiter spricht auch er sich dafür aus, vor der Sommerpause den Finanzausschuss tagen zu lassen. Ihm ist klar, dass von der Umstellung der Samtgemeindeumlage einige mehr als andere profitieren. Weiter ist es klar, dass die Abschreibungen für Investitionen in den Folgejahren erwirtschaftet werden müssen. Er könnte sich einer Erhöhung der Samtgemeindeumlage in Höhe von 200.000 € in den Jahren 2014, 2015 und 2016 vorstellen.

Rm. Klee beantragt, über die Haushaltssatzung und Samtgemeindeumlage getrennt abzustimmen. Weiterhin beantragt er eine Sitzungsunterbrechung.

Ratsvorsitzender Harling weist darauf hin, dass eine getrennte Abstimmung über die Haushaltssatzung und die vom Landkreis geforderte Absichtserklärung zur Samtgemeindeumlage nicht zweckmäßig ist, weil der Landkreis dem Haushalt nur dann seine Zustimmung erteilt, wenn die Samtgemeinde die geforderte Absichtserklärung abgibt.

SGBgm. Luckhaus erläutert, dass in der Präsentation des Ergebnishaushalts (Stand: 18.02.2013) die Umstellung der Samtgemeindeumlage bereits mit eingearbeitet ist. Die Haushaltssatzung ist lediglich um die Absichtserklärung, dass die Samtgemeindeumlage ab 2014 um 200.000 € zu erhöhen ist, zu ergänzen.

Ratsvorsitzender Harling erläutert, dass wenn in den Folgejahren Einsparungen realisiert werden können, die Samtgemeindeumlage nicht angepasst werden muss. Wichtig ist, dass dem Landkreis

signalisiert wird, dass die Samtgemeinde Sottrum bereit ist einsparen zu wollen. Die Absichtserklärung bringt dies zum Ausdruck.

Rm. Klee hält es für wichtig, dass die Samtgemeinde nicht nur ein Instrument zur Konsolidierung heranziehen kann. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe ist aus seiner Sicht ebenfalls sinnvoll.

Rm. Gässler kann sich mit einer Absichtserklärung in der Haushaltssatzung nicht anfreunden.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig (29 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung) beschlossen:

Die Sitzung des Samtgemeinderates wird für die Durchführung von Fraktionssitzungen unterbrochen.

Ratsvorsitzender Harling unterbricht die Samtgemeinderatssitzung um 20.06 Uhr.

Ratsvorsitzender Harling hebt die Sitzungsunterbrechung um 20.13 Uhr auf.

Rm. Cordes gibt zu bedenken, dass keine gesonderte Arbeitsgruppe gebildet werden muss. Mit dem Finanzausschuss existiert bereits eine kompetente Arbeitsgruppe. Die vorgetragene Vorgehensweise des Landkreises hält er für einen sehr guten Vorschlag.

Rm. Dreyer beantragt, dass die Samtgemeinde beschließt, dass etwaige Haushaltsdefizite aus den Jahren 2012 und 2013 im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 in den nächsten drei Jahren durch eine angemessene Erhöhung der Samtgemeindeumlage und entsprechende Einsparungen ausgeglichen werden.

Rm. Gässler beantragt, zeitgleich über die Haushaltssatzung und eine Absichtserklärung des Samtgemeinderates zu beschließen. Daraus ergibt sich, dass getrennt über die Arbeitsgruppe entschieden wird.

Ratsvorsitzender Harling weist darauf hin, dass der Finanzausschuss auch nicht öffentlich tagen kann.

Nach weiterer kurzer Aussprache wird mit Stimmenmehrheit (17 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 10 Stimmenthaltungen) beschlossen:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 nebst Anlagen wird erlassen. Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen und das Investitionsprogramm genehmigt.

Die Samtgemeinde Sottrum beschließt im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013, dass sie in den nächsten drei Jahren etwaige Haushaltsdefizite aus 2012 und 2013 durch eine angemessene Erhöhung der Samtgemeindeumlage und entsprechende Einsparungen zum Ausgleich bringen wird.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig (29 Ja-Stimmen) beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Sommerpause 2013 eine nichtöffentliche Sitzung des Finanzausschusses der Samtgemeinde Sottrum durchzuführen.

Rm. Blödorn bittet darum, den Ratsmitglieder den Ergebnishaushalt (Stand: 18.02.2013) per e-Mail zur Verfügung zu stellen.

SGBgm. Luckhaus sagt dies zu.

**Punkt 5: Positionierung der Samtgemeinde zum Thema „Fracking“ (Beschlussvorlage Nr. 015/2013)**

---

In der Samtgemeinderatssitzung am 13.10.2011 sind zum Thema Fracking drei Anträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU diskutiert worden. Aus diesen drei Anträgen ist eine gemeinsame Resolution erarbeitet und beschlossen worden, die wie folgt lautete:

„Die Verwaltung wird beauftragt, dem Landkreis Rotenburg (Wümme), dem LBEG (Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie), dem Wirtschafts- und Umweltminister des Landes Niedersachsen mitzuteilen, dass aufgrund der möglichen Gefährdung von Grund und Boden, des Grund- und Trinkwassers, mithin der Trinkwasserqualität und –versorgung, erhebliche Bedenken der Samtgemeinde Sottrum gegen Fracking-Maßnahmen in unserer Region erhoben werden.

Die Samtgemeinde Sottrum fordert die sofortige Aussetzung von Fracking-Maßnahmen. Nach Vorlage der Ergebnisse der Gutachten, die vom Bundesumweltministerium und dem Land NRW derzeit in Auftrag gegeben werden, ist eine neue Beurteilung denkbar.

Die Samtgemeinde fordert außerdem die Berücksichtigung der erhobenen Bedenken im derzeitigen Fracking–Genehmigungsverfahren für die Bohrung Bötersen Z11.

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, unsere örtlichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten anzuschreiben und folgende Gesetzesänderungen anzuregen:

1. An Fracking–Genehmigungsverfahren werden betroffene Kommunen als Träger öffentlicher Belange in Zukunft beteiligt.
2. Umweltverträglichkeitsprüfungen werden vorgeschriebener Bestandteil für Fracking–Genehmigungsverfahren.“

Darüber hinaus ist diese Resolution zum damaligen Zeitpunkt an benachbarte Kommunen versandt worden, die sich ebenso mit der Thematik auseinander gesetzt haben. Es ist damals gelungen, mit einer Stimme aus der gesamten Region zu sprechen, unsere Abgeordneten, sowohl in Hannover als auch in Berlin für die Thematik nachhaltig zu sensibilisieren und die Interessen der Samtgemeinde Sottrum weitergehend zu vertreten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen, insbesondere eines vorliegenden Antrages der Firma ExxonMobil eine Frackingmaßnahme an der Bohrstelle in Bötersen durchzuführen, ist es angeraten, die damalige Resolution zu bekräftigen und um die Thematiken „GreenFrac“ und „Behandlung von Lagerstättenwasser“ zu ergänzen.

In einer Sitzung mit Verwaltung, Fraktionen und Bürgerinitiative wurde weiterhin über den Resolutionstext beraten. Aus dieser Beratung ist ein Resolutionstext hervorgegangen. SGBgm. Luckhaus stellt den erarbeiteten Text vor. Auf vereinzelte Punkte der Resolution geht er ein. Umliegende Samtgemeinden haben darum gebeten, den Resolutionstext zu erhalten. Dies befürwortet er vor dem Hintergrund, auch diesmal mit einer Stimme aus der Region zu sprechen.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig (29 Ja-Stimmen) beschlossen:

Folgender Resolutionstext wird gefasst und umliegenden Samtgemeinden zur Verfügung gestellt:

Diese Resolution dient dazu, die Gefahren der Verseuchung des Trinkwassers in der Rotenburger Rinne und die Vergiftung des Bodens durch Gasförderung, hierbei insbesondere Fracking-Maßnahmen sowie die Verpressung von Lagerstättenwasser und die damit einhergehenden möglichen Gefährdungen abzuwenden:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Landkreis Rotenburg (Wümme), dem LBEG, dem Wirtschaftsminister und dem Umweltminister des Landes Niedersachsen sowie dem Bundesumweltminister mitzuteilen, dass aufgrund der Gefährdung vom Grund und Boden, des Grund- und Trinkwassers, mithin der Trinkwasserqualität und –versorgung erhebliche Bedenken der Samtgemeinde Sottrum gegen Bohrungen zur Förderung von Gas sowie den Einsatz von Fracking-Technik bestehen, weil die Risiken für den Boden sowie Grund- und Trinkwasser aufgrund des Einsatzes von Wasser gefährdenden und Umwelt schädigenden Stoffen bei diesen Verfahren nicht abschätzbar sind.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, unsere Kreistags- Landtags- und Bundestags-Abgeordneten anzuschreiben und folgende Maßnahmen zu fordern:

- Die Samtgemeinde Sottrum fordert die Aussetzung von Fracking-Maßnahmen in der Region bis eine Technik entwickelt worden ist, die eine Förderung von Gas durch Fracking gänzlich ohne Einsatz von Gesundheit gefährdenden und Umwelt schädigenden Stoffen zulässt.
- Vor dem Hintergrund der angekündigten Entwicklung einer Technik zur Behandlung von Lagerstättenwasser erwartet die Samtgemeinde Sottrum anfallendes Lagerstättenwasser mit dieser Technik zu behandeln, um eine Gefährdung von Leib, Leben und Umwelt auszuschließen.
- Nachdem nunmehr die Ergebnisse der vom Bundesumweltministerium und dem Land NRW in Auftrag gegebenen Gutachten vorliegen, ist eine neue Beurteilung der gesamten Förder-Technik und der damit einhergehenden Gefahren notwendig.
- Die Samtgemeinde Sottrum fordert außerdem die Berücksichtigung der bestehenden umfangreichen Bedenken des Bundesumweltamtes für Fracking-Genehmigungsverfahren in der Region, insbesondere für die Bohrung Bötersen Z 11.
- Genehmigungsverfahren zu Bohrmaßnahmen, Durchführung von Fracking-Maßnahmen und dem Fördern von Gas sind unter Beteiligung der betroffenen Gemeinden als Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit im Allgemeinen zu gewährleisten.
- Umweltverträglichkeitsprüfungen werden Voraussetzung für alle Genehmigungsverfahren, die eine Gasförderung als Ziel haben.
- Bohrungen zur Förderung von Gas in Wassereinzugs- und Wassergewinnungsgebieten der Grund- und Trinkwasservorsorgung sowie in Natur- und Landschaftsschutzgebieten sind nicht zulässig. Ergänzend fordern wird

eine unterirdische Raumordnung. Dies Programm ist in das Bergrecht und das Umweltrecht zu integrieren.

- Die Landesregierung wird aufgefordert, die Öffentlichkeit frühzeitig über Anträge zur Erdgasförderung und die damit verbundenen Maßnahmen zu informieren sowie die örtlichen Bürger/innen unmittelbar nach Antrag umfassend zu unterrichten.
- Die Samtgemeinde Sottrum unterstützt die Bestrebungen, das Bergrecht zu novellieren.
- Wir fordern die Einführung der sogenannten Beweislastumkehr für Schäden am Eigentum. Demgemäß ist von der jeweiligen Gasförderfirma nachzuweisen, dass aufgetretene Schäden am Eigentum nicht ursächlich in der Gasförderung und den damit verbundenen Maßnahmen in der Region liegen.
- Ebenso fordert die Samtgemeinde Sottrum ein generelles Grundwassermonitoring aller Erdgasbohrungen in der Region. Diese Überwachung der Grundwasser führenden Schichten ist regelmäßig zu beproben, um eine Verunreinigung kurzfristig feststellen und gegebenenfalls geeignete Sicherungsmaßnahmen durchführen zu können.

#### **Punkt 6: Ernennung von Ehrenbeamten (Beschlussvorlage Nr. 016/2013)**

---

Am 08. Februar 2013 fand die Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Hassendorf statt. Während der Jahreshauptversammlung wurde ein neuer Ortsbrandmeister als Nachfolger von Hermann Rugen gewählt. Als Nachfolger wurde Bernd Rechten vorgeschlagen. Er hat signalisiert, die Nachfolge von Hermann Rugen anzutreten. Bernd Rechten erfüllt die Voraussetzungen für eine Ernennung zum Ortsbrandmeister für sechs Jahre.

Ohne Aussprache wird einstimmig (29 Ja-Stimmen) beschlossen:

Unter der Voraussetzung, dass die Freiwillige Feuerwehr Hassendorf dem Samtgemeinderat Herrn Bernd Rechten zur Ernennung als Ortsbrandmeister vorschlägt, wird er für die Dauer von sechs Jahren zum Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Hassendorf ernannt.

#### **Punkt 7: Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen sowie Bericht über wichtige Angelegenheiten der Samtgemeinde und über wichtige Beschlüsse des Samtgemeindeausschusses**

---

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

#### **Punkt 8: Anfragen und Anregungen der Samtgemeinderatsmitglieder**

---

Es werden keine Fragen gestellt.

**Punkt 9: Unterbrechung für die Einwohnerfragestunde**

---

Herr Schmidt berichtet, dass die Fuß- und Radwege beider Autobahnbrücken über die A 1 nicht nutzbar sind, diese sind durch Baken versperrt.

Ratsvorsitzender Harling schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nichtöffentlicher Teil:

11. – 12. P. P.

Nachdem keine weiteren vertraulichen Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder vorliegen, schließt Ratsvorsitzender Harling die Sitzung um 20.38 Uhr.

gez.: Harling  
Ratsvorsitzender

gez.: Luckhaus  
Samtgemeindebürgermeister

gez.: Rennebach  
Protokollführerin